

Bundesrepublik Deutschland

JOSEF JANNING

Die deutsche Europapolitik hat ein zwiespältiges Jahr hinter sich: Auf der einen Seite des Panoramas steht die deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Union mit ihrem Schwerpunkt auf der von Deutschland gewollten Osterweiterung, daneben die neuen Debatten um die künftige Gestalt der Integration, ausgelöst durch das Schäuble/Lamers-Papier, oder die neuen alten Forderungen nach Herstellung einer politischen Union als Voraussetzung für die Währungsunion. Im Kontrast dazu steht auf der anderen Seite das Superwahljahr 1994, die Bundestagswahl, die Wirtschafts-, Steuer- und Innenpolitik, durchmischt von Personalfragen und Bosnien-Szenarien. Diese zweite Seite hat die öffentliche Aufmerksamkeit absorbiert, so daß die Europapolitik praktisch unbeschadet und kaum beachtet Fragen bewegen konnte, die für die künftige Rolle Deutschlands in seinem Umfeld relevant sein dürften. Das Momentum der Maastricht-Debatte ist verrauscht.

In der Bilanz stehen zwei Themen im Vordergrund: die deutsche Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994 und die Reformdebatte im Blick auf die Revisionskonferenz 1996.

Europapolitische Grundsätze

So dominant deutsche Themen und Konstellationen für die Europawahl im Juni 1994 waren, so wenig bestimmten außen- und europapolitische Fragen den Wahlkampf wie die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl im Oktober 1994¹. Die beherrschenden Themen für den Umschwung in der Wählermeinung zugunsten der Regierungskoalition waren vielmehr das so wahrgenommene Ende der Rezession, die weiter aktuellen Fragen von Wirtschaft und Beschäftigung sowie die Einschätzung der Spitzenkandidaten für das Amt des Bundeskanzlers². Abgesehen vom Grunddissens in der Frage deutscher militärischer Beteiligung hätten sich im Bereich der Europapolitik echte Reibungsflächen auch kaum geboten, läßt man die kleinen taktischen wie semantischen Differenzierungen beiseite. Die Koalitionsvereinbarung, Basis des fünften Kabinetts Kohl enthält, wie bisher alle Regierungsprogramme in seiner Handschrift, ein ambitioniertes Europaprogramm. An erster Stelle steht dabei die Heranführung und Stabilisierung der ostmitteleuropäischen Reformstaaten, die Partnerschaft mit den Staaten der GUS und eine Intensivierung der Kooperation im Mittelmeerraum, gefolgt durch den Schwerpunkt Wachstum und Beschäftigung sowie Fortschritte im Bereich

der Inneren Sicherheit. Die christlich-liberale Koalition legt sich auf die „konsequente Anwendung des EU-Vertrages“ einschließlich der Währungsunion fest, will eine Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, eine operative Ausstattung der WEU und ihre Pfeilerrolle in der Atlantischen Allianz als „Verteidigungskomponente der EU“, plädiert für eine schrittweise Osterweiterung der NATO im Blick auf die Erweiterung von EU und WEU, verlangt den Abschluß der Europol-Konvention sowie ein gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik. In bezug auf die künftige institutionelle Ordnung der EU benennt die Vereinbarung Grundsatzpunkte: Vertiefung und Einordnung der zweiten und dritten Säule des Unionsvertrages, Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips sowie Klarstellung der Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten. Programmatische Äußerungen aus den Reihen der SPD-Opposition weisen in dieselbe Richtung, sowohl was den Stellenwert der EU für Deutschland, die Präferenz für die Osterweiterung und entsprechende NATO-Erweiterungen anbelangt als auch in bezug auf die Realisierung der Währungsunion³. Beide Seiten stehen vor der Notwendigkeit, dies einer vielleicht wohlwollend, doch insgesamt skeptisch gestimmten Öffentlichkeit plausibel zu machen: Die Ausdehnung der „Insel des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes“, als die Bundespräsident Herzog die EU in seiner Rede zum 8. Mai 1995⁴ bezeichnete, „Stück für Stück, Land für Land“, ist als Verpflichtung im öffentlichen Bewußtsein noch wenig verankert. Im Herbst 1994 sprachen sich nur 24% der Deutschen für eine Aufnahme der Visegrád-Staaten bis zur Jahrtausendwende aus, ebenso viele zeigten sich unentschieden und 34% lehnen den Schritt ab⁵.

Präsidentschaft im Schatten der Innenpolitik

Die Eckpunkte der Koalitionsvereinbarung zwischen Freien Demokraten und Unionsparteien markierten zugleich die Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft⁶, der ersten des vereinten Landes⁷. Sicher nicht ohne innenpolitischen Bedacht wurde Essen, das „Juwel an der Ruhr“⁸, zum Austragungsort des Europäischen Gipfels bestimmt. Andererseits bot der enge Wahlkalender kaum Möglichkeiten intensiver Personalisierung der Präsidentschaft durch das Kabinett.

Auf der inhaltlichen Seite war die deutsche Präsidentschaft keineswegs nur auf ein „business as usual“ ausgelegt – im Nachhinein neben anderem sichtbar am zähen Ringen um die Europol-Konvention. Zwar war die Verzahnung der Präsidentschaften Deutschlands, Frankreichs und Spaniens Teil des deutschen Fahrplans, doch tauchten die deutschen Themen im Bereich der Inneren Sicherheit in der französischen Planung 1995 gar nicht mehr auf. Wohl zu Recht hebt Simon Bulmer als eigentliche Leistung des deutschen Präsidentschaftsprogramms die „Sicherstellung einer Übereinstimmung deutscher und europäischer Zielvorstellungen“ hervor⁹. Deutschlands Interesse an der Osterweiterung trifft auf zahlreiche, zum Teil verdeckte Widerstände in der EU. Dies belegen die Schwierigkeiten in der Einladung an die Staats- und Regierungschefs der assoziierten ost-

mitteleuropäischen Staaten zum Essener Gipfel ebenso wie die französische Strategie der „Rebalancierung“¹⁰ von Ost- und Mittelmeerpolitik der Union.

Im Ergebnis des halben Jahres überwiegt Anerkennung, wobei sich die Bundesregierung Erfolge in verschiedenen Bereichen zurechnet: Die Entwicklung „strukturierter Beziehungen“ zu den ostmitteleuropäischen Beitrittsaspiranten, die Förderung von Wachstum und Beschäftigung, die Öffnung der staatlichen Telekommunikationsdienste und neue Forschungsprogramme, 14 Großprojekte zur Verkehrsinfrastruktur, die Richtlinie zu Euro-Betriebsräten, die Verpflichtung auf die Einigung über Europol, die dann in Cannes als Konvention auch erzielt wurde, die Verabschiedung des Finanzrahmens der EU bis 1999 und die Richtlinie zum Kommunalwahlrecht für EU-Bürger¹¹.

Wenig schien erreichbar und wenig wurde erreicht auf dem Sektor der Steuerpolitik. Hier konnte weder die Harmonisierung der Kapitalertragsbesteuerung erzielt, noch der Übergang zur Anwendung des Ursprungslandsprinzips bei der Mehrwertsteuer befriedigend geklärt werden. Die von Bonn angestrebte CO₂- oder Energiesteuer scheiterte am Widerstand Großbritanniens und der südlichen Mitgliedstaaten¹². In anderen Bereichen der EU-Agenda trafen die Präferenzen der Deutschen auf Ablehnung ihrer Partner¹³. Das bezog sich auf die Nominierung von Jacques Santer zum Kommissionspräsidenten, die Schlußphase der Erweiterungsverhandlungen sowie die Streitpunkte der Tagespolitik. So wurde zudem der Konvergenzbericht von Bundesfinanzminister Waigel in Paris „schon als Einmischung in die nationale Innenpolitik“ empfunden und die harte Haltung der Bundesregierung in der Frage Quotenregelung für den Fernsehmarkt oder die Aufstockung der AKP-Mittel als unsolidarisch und schulmeisterlich karikiert¹⁴. Arbeitsminister Blüm wurde im Streit um die sogenannte „Entsenderichtlinie“ vorgehalten, sie sei zu national und zuwenig europäisch¹⁵; in ähnlicher Weise wurde der Vorstoß von Landwirtschaftsminister Borchert, bei den Ausgleichszahlungen an deutsche Landwirte die Aufwertung der D-Mark zu kompensieren, kommentiert¹⁶. Als Thema bleibt die Nettozahlerposition Deutschlands trotz und wegen der Regelung der EU-Finzen bis 1999 erhalten. Die Gesamtleistungen aus dem Bundeshaushalt an die EU können damit von derzeit 44 auf 58 Mrd. DM jährlich anwachsen, ohne daß die heute überproportional geringen Rückflüsse sichtbar steigen werden. Ab 1996 dürften etwa 30% der EU-Ausgaben aus deutschen Beiträgen stammen. Die deutsche Nettoposition beträgt nach Berechnungen Gerd Walters heute bereits pro Kopf der Bevölkerung das Achtfache Frankreichs¹⁷. Mit breiter Unterstützung der Bundesländer wird daher die deutsche Europapolitik auch weiter die Rolle des Sparkommissars übernehmen und auf eine Verstärkung der Regeln zur Haushaltsdisziplin drängen.

Die Rückkehr der Krönungsthese in der Debatte um die Währungsunion

Gewissermaßen als Begleitmusik zum Auftakt der Reformdebatte '96 kehrte in der deutschen Diskussion um die Konvergenzleistung der EU-Staaten die alte

Forderung der Bundesbank zurück, Voraussetzung für eine funktionierende europäische Währungsunion sei eine funktionierende politische Union¹⁸. Diese gelte es nach der Asymmetrie des Vertrages von Maastricht im Zuge der Revision des Vertrages 1996 prioritär zu schaffen. Die Bundesregierung hat diese Debatte für sich nicht aufgenommen, sondern in allen Stellungnahmen und Festlegungen die Position vertreten, die Währungsunion wie vereinbart zu realisieren unter der Voraussetzung der vollen Einhaltung der im Vertrag genannten Konvergenzkriterien. Die Wechselkursverschiebungen im Frühjahr 1995 trugen die Debatte weiter: Während die einen damit eine Verschiebung der Währungsunion erwarten¹⁹, sind anderen gerade die Turbulenzen an den Devisenmärkten mit ihren wirtschaftlichen Auswirkungen vermehrter Anlaß, die Herstellung der einheitlichen Währung zu verlangen²⁰. Daß sich die Debatte bereits auf die technischen Aspekte des Einstiegs in die gemeinsame Währung verlagert, hat die Skeptiker alarmiert. Offen bleibt, wie die Einschätzung der öffentlichen Meinung auf die Politik wirken wird. 1994 war die Mehrheit der Deutschen nicht überzeugt. Da wird es zusätzlicher Begründungen für die These Wolfgang Schäubles bedürfen, die Seele Deutschland liege in Europa und nicht in der D-Mark²¹.

Die politische Debatte um die Reform der Europäischen Union

Möglicherweise begünstigt durch die innenpolitischen Konstellationen, hat die politische Debatte um Reformkonzepte für die Regierungskonferenz 1996 früher begonnen als anderswo. Gestützt auf konzeptionelle Vorlagen aus dem Bereich der Policy-Studien²² entstand die Diskussion aus der Absicht, einen Einbruch in der öffentlichen Zustimmung aufgrund von Kabinettsdiplomatie zu vermeiden. Zur Position der Bundesregierung in dieser Debatte kristallisierten sich 1994/95 zwei Denkschulen heraus: Die eine plädiert für eine zurückhaltende Position der Bundesregierung. Sie solle das Ergebnis der öffentlichen Debatte wie das der Reflexionsgruppe abwarten, der zwei Deutsche angehören, Staatsminister Werner Hoyer als Vertreter der Bundesregierung und Elmar Brok, einer der zwei Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die nicht zuletzt auf deutsche Initiative der Reflexionsgruppe angehören. Die zweite Denkschule geht von gegenteiligen Prämissen aus und hält eine bedeckte Haltung für unglaublich, da die deutsche Europapolitik spezifische Anliegen und Gestaltungspräferenzen besitze. Zudem benötige die erforderliche Vertiefung der Integration einen Führungsimpuls, der in Richtung der deutschen Präferenzen von niemandem sonst so einflußreich artikuliert werden könne wie von Deutschland selbst.

Im Ergebnis hat die Politik der Bundesregierung bis zum Sommer 1995 einen Mittelkurs verfolgt und in Anknüpfung an die Koalitionsvereinbarung einige Absichten und Reformfelder benannt, ohne an strittigen Punkten ins Detail zu gehen. Dazu gehört in der Verstärkung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU der Gedanke eines Analyse- und Planungsstabes, die Perspektive von Mehrheitsentscheidungen mit Ausnahme von Truppenentsendungen sowie die Schaffung

einer Leitlinienkompetenz des Europäischen Rates für die WEU. Im Bereich der Justiz- und Innenpolitik wird über die Forderungen der Koalitionsvereinbarung hinaus konkret an erweiterte Initiativrechte der Europäischen Kommission, eine Verankerung des Grundrechtsschutzes und die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle durch das Europäische Parlament gedacht. In den Entscheidungsverfahren plädiert die Bundesregierung für die qualifizierte Mehrheit als Regelverfahren im Bereich gemeinschaftlicher Rechtssetzung sowie für die Einführung einer doppelten Mehrheit der gewichteten Stimmen und der Bevölkerung. Das Europäische Parlament sollte auf nur noch drei Verfahrenswegen eingebunden sein: die Zustimmung, die Mitentscheidung und die Anhörung²³.

Das Schwergewicht der Reformdebatte lag jedoch bei den Bundestagsparteien und ihren Fraktionsführungen unter eindeutiger Führung der CDU/CSU-Fraktion. Am 1. September 1994 wurde ein Papier unter dem Kopf der CDU/CSU-Fraktion „Überlegungen zur europäischen Politik“²⁴ vorgestellt, die seither als Schäuble/Lamers-Papier die Diskussion bestimmen. Der Text geht von der Notwendigkeit vermehrter Integration zur Absicherung des deutschen Interesses an der „Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn in das (west-)europäische Nachkriegssystem“ aus und unterbreitet Vorschläge zur institutionellen Weiterentwicklung der EU, zur Rolle der deutsch-französischen Beziehungen, zur Stärkung der Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur „weiteren Festigung des Kerns“. Die Überlegungen zur Zwei-Kammer-Struktur der EU, zur Rolle der Kommission als effektiver Exekutive sowie die Anregungen zur Ausgestaltung der GASP übernehmen Konzepte aus der wissenschaftlichen Debatte in den politischen Raum, die entscheidende Stoßrichtung erfährt der Text jedoch durch sein Plädoyer für die positive Interpretation verschiedener Geschwindigkeiten. Ein starkes Zentrum sei nötig gegen die zentrifugalen Kräfte und gegen die Herausbildung von Lagern in der EU, dessen Mitglieder „gemeinsam erkennbar gemeinschaftsorientierter handeln als andere und gemeinsame Initiativen einbringen, um die Union weiterzuentwickeln“. Gedacht ist dabei vor allem an die zweite und dritte Säule des Maastrichter Vertrages sowie die Währungsunion. „Der Kern darf nicht abgeschlossen, muß hingegen für jedes Mitglied offen sein, das willens und in der Lage ist, seinen Anforderungen zu entsprechen.“ Als Anfangskonstellation benennt das Papier Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten, doch den „Kern des Kerns bilden Deutschland und Frankreich“.

Größere Verbindlichkeit als das halboffizielle Schäuble/Lamers-Papier können die Vorstellungen beanspruchen, die im Juni 1995, ebenfalls im Geschäftsführenden Vorstand der CDU/CSU-Fraktion, diesmal unter entscheidender Mitwirkung von Rudolf Seiters entstanden und in leichten Modifikationen sowohl die Billigung der Fraktion wie des Bundesvorstandes der CDU gefunden haben²⁵. Über die bisherigen Vorstellungen hinaus, aber ohne Verweis auf ein Kerneuropa, unterbreitet das zweite Papier die Einführung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung im Bereich der GASP in Fällen ohne militärische Auswirkungen, im anderen Fall und im Einsatz militärischer Mittel soll „derart entschieden werden, daß

einerseits eine Minderheit von Staaten die Mehrheit am gemeinsamen Handeln nicht hindern kann und andererseits kein Land gegen seinen Willen zum gemeinsamen Handeln verpflichtet werden kann.“ Weitere Akzente setzt das Papier in der Verzahnung von WEU und EU, etwa in der Zuarbeit der WEU zum GASP-Planungsstab der EU, und in der Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle über Berichterstattung und Konsultation des Europäischen Parlaments.

Wie CDU und CSU geht auch die FDP-Bundestagsfraktion in ihrem Positionspapier vom März 1995²⁶ von einer raschen Osterweiterung der EU aus und fordert eine „schnelle Vollmitgliedschaft“ ohne den Zwang zur sofortigen Übernahme aller Gemeinschaftspolitiken. Institutionell fordert sie die Mehrheitsentscheidung als Regelfall, die doppelte Mehrheit von Stimmen und Bevölkerung im Rat und die volle Mitentscheidung des Europäischen Parlaments bei allen Gesetzgebungsverfahren. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten soll durch einen Kompetenzkatalog erfolgen, in dem die „Kernaufgaben“ der Union festgelegt werden. Im Bereich der GASP wird zusätzlich die Option der „Mandatierung einzelner Gruppen von Mitgliedstaaten für die Durchführung gemeinsamer Aktionen“ angeregt.

Unter den Sozialdemokraten scheint die Positionsfestlegung in vielem noch nicht abgeschlossen, jedoch auch nicht im Grundsatz verschieden; es gilt noch Rudolf Scharpings Zustimmung zum Kurs der Regierung aus seiner Antrittsrede als Oppositionsführer im Bundestag. Eine Positionsbestimmung zur Regierungskonferenz wurde für den Parteitag im November 1995 angekündigt. Nuancen setzten die Stellungnahmen der SPD in Einzelfragen: Klarer als die Regierungsfractionen setzen Stellungnahmen aus der SPD die institutionelle Reform wie die Reform der Agrarpolitik vor die Osterweiterung, plädieren für eine Verstärkung der Sozialunion, soziale Grundrechte und europäische Bürgerrechte und verlangen ein Referendum über die Ergebnisse der Regierungskonferenz in allen Staaten. Anders als die Koalitionsfraktionen wird die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen in intergouvernementalen Bereichen abgelehnt, da dies die parlamentarische Kontrolle vollends beseitigt. Im Bereich der GASP wie der Justiz- und Innenpolitik sieht die SPD wenig Spielraum für eine Weiterentwicklung²⁷.

Bis ins Detail möglicher Umformulierungen des Maastrichter Vertrages haben sich die Bundesländer in einem zwar gemeinsamen, doch mit zahlreichen Einzelvoten gespickten Positionspapier vom Mai 1995 eingelassen, in dem konkrete Vorschläge zur stärkeren Kompetenzabgrenzung, ein Aufgabenkatalog und Formulierungsvorschläge zur Härtung des Subsidiaritätsprinzips breiten Raum einnehmen. Daneben fordern die Länder die Stärkung des Ausschusses der Regionen.

Ernstfall Integration – Ungewißheiten für Deutschland

In den so skizzierten Linien der Reformdebatte steckt ein relativ breiter Konsens der politischen Kräfte: Die Weiterentwicklung der europäischen Integration durch

die Verbesserung ihrer Handlungsfähigkeit wie durch ihre Erweiterung nach Osten besitzt erste Priorität und in den Vorstellungen, wie beides miteinander zu verklammern wäre, herrscht weitgehende Übereinstimmung. Die Ungewißheiten beginnen jenseits davon: Die Frage nach der Notwendigkeit eines neuen Integrationskonzeptes, die mit dem Schäuble/Lamers-Papier aufgeworfen wurde, scheint vorerst ausgeklammert und bleibt unbeantwortet. Die Frage nach der Herstellung deutsch-französischer Übereinstimmung und gemeinsamer Initiativen stand bis zur Entscheidung in der französischen Präsidentschaftswahl aus und hat seither keine Antwort gefunden. Die französische Politik weicht der Entscheidung über die künftige Ordnung Europas und die Rolle des deutsch-französischen Motors noch immer aus; seine politische Klasse scheint den Ausweg aus den Analogien der Vergangenheit („Wie zur Zeit Bismarcks ...“) und den Interpretationsschemata des Gaullismus nicht zu finden²⁸. Soll Deutschland deshalb die Ausdehnung der Integration nach Osten drosseln, wie Gunther Hellmann vorgeschlagen hat, und sowohl die Risiken der Destabilisierung des bisher erfolgreichen Transformationsprozesses als auch die Widerstände gegen die eigene Größe befördern²⁹? Es steht zu vermuten oder zu befürchten, daß die Realisierbarkeit der deutschen Reformvorstellungen und Visionen von Europa eher vom Ausgang solcher Fragen als von der Qualität der Zukunftskonzepte selbst abhängt.

Anmerkungen

- 1 Niedermayer, Oskar: Die Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland im Kontext des Superwahljahres 1994, in: *Integration* 1 (1995).
- 2 S. die Einschätzung bei Jung, Matthias/Roth, Dieter: Kohls knappster Sieg. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51–52 (1994), S. 3–15; vgl. auch den Beitrag von Köcher, Renate: Auf einer Wiege der Euphorie. Veränderungen der Stimmungslage und des Meinungsklimas im Wahljahr 1994, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51–52 (1994), S. 15–21.
- 3 Vgl. beispielsweise die Grundsatzrede von Verheugen, Günther: „Integration ohne Hast, aber zielstrebig fortsetzen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 27.4.1995, S. 5.
- 4 Im Wortlaut abgedruckt in: *FAZ* v. 9.5.1995, S. 6.
- 5 Daten einer deutsch-britischen Erhebung, in Deutschland erhoben durch Emnid; „Erweitern oder vertiefen?“, in: *Der Spiegel* 49 (1994), S. 47–50.
- 6 Vgl. Bohl, Friedrich: Ziele der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union, in: *Integration* 3 (1994), S. 133–137.
- 7 S. u. a. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Die deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union 1994, Public Document, Bonn, Juni 1994; Bitterlich, Joachim: Die Europäische Union und ihre künftige Entwicklung, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Europäische Gespräche in Berlin, Sondernummer: „Die deutsche Ratspräsidentschaft und ihre Prioritäten – Wegweiser für die Europäische Union?“, Bonn 1994, S. 10–17.
- 8 So das vom Presseamt in Zusammenarbeit mit dem Societäts-Verlag (FAZ) erstellte Themenheft „Deutschland“, *Magazine on Politics, Culture, Business and Science* 4 (1994), S. 44.
- 9 Bulmer, Simon: Erwartungen an den Europäischen Rat in Essen: Elemente für ein Verhandlungspaket '96, in: *Integration* 4

- (1994), S. 197–203.
- 10 Scheer, François, zitiert in EU-Nachrichten v. 20. 1. 1995, S. 5.
 - 11 S. die Liste von Außenminister Kinkel vor dem Deutschen Bundesrat und die entsprechende Debatte, abgedruckt in: Das Parlament v. 6. 1. 1995, S. 12–14.
 - 12 S. die Bilanz der Deutsche Bank Research: EU-Gipfel in Essen – wirtschaftliche Konvergenz, politische Divergenzen, Reihe: G 3-Themen 68 (1994), hier S. 3–4.
 - 13 Vgl. etwa die von Peter Hort berichteten Beschwerden: „Ein Fest nur für Buchhalter“, in: FAZ v. 27. 12. 1994, S. 8.
 - 14 Vgl. „Die Deutschen wollen Europa schulmeistern“, in: FAZ v. 18. 2. 1995, S. 13.
 - 15 Hank, Rainer: Ein Tarifkartell und Europa, in: FAZ v. 16. 1. 1995, S. 13.
 - 16 S. dazu die Erklärung der Bundesregierung, in: Bulletin 42 (1995), S. 365–367; Krause, Klaus-Peter: Der Bauern-Ecu, in: FAZ v. 18. 5. 1995, S. 13.
 - 17 Walter, Gerd: Größer und billiger – das geht nicht. Zur künftigen Finanzierung der Europäischen Union, in: FAZ v. 28. 4. 1995, S. 5.
 - 18 Vgl. u. a. Issing, Otmar: Geld stiftet noch keine Staatlichkeit, in: FAZ v. 15. 7. 1995, S. 13; zur Position des Bundesbankpräsidenten s. „Europa: Steigende Welle oder später Urknall“, in: FAZ v. 5. 4. 1995, S. 16.
 - 19 S. Stihl, Hans Peter: Maastricht II – mit Schwung, aber ohne Hast, in: FAZ v. 13. 7. 1995, S. 12.
 - 20 Stark, Jürgen: Europa braucht stabile einheitliche Währung, in: Handelsblatt v. 9./10. 6. 1995, S. 7.
 - 21 S. sein Interview mit Financial Times: „Kohl's loyal lieutenant“, in: Financial Times v. 21. 3. 1995, S. 14.
 - 22 Hier v. a. den Bericht der Europäischen Strukturkommission „Europa 96. Reformprogramm für die Europäische Union“, Gütersloh 1994.
 - 23 S. die Erklärung der Bundesregierung durch Bundesaußenminister Kinkel vor dem Deutschen Bundestag und Debatte am 22. 6. 1995, abgedruckt in: Das Parlament v. 30. 6. 1995, S. 4–8, hier S. 4.
 - 24 Im folgenden zitiert nach dem Presseexemplar.
 - 25 „Die Europäische Union außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähiger machen“, im folgenden zitiert nach Pressedienst der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag. Ein parallel entstandenes zweites Papier unter dem Titel „Mehr europäische Rechtsstaatlichkeit“ präzisiert die in der Koalitionsvereinbarung entwickelten Vorstellungen zur weiteren Integration der Justiz- und Innenpolitik.
 - 26 „Für eine progressive Integration Europas. Europapolitische Positionen der F.D.P.-Bundestagsfraktion“, Reihe Dokumentation, 24. 3. 1995.
 - 27 S. u. a. die Debattenbeiträge von Wieczorek-Zeul, Heidemarie und Wieczorek, Norbert v. 22. 6. 1995, in: Das Parlament v. 30. 6. 1995, S. 4–5 bzw. 7; vgl. auch: „Ein europäischer Bundesstaat kommt nicht zustande“, in: FAZ v. 4. 2. 1995, S. 2.
 - 28 S. Vernet, Daniel: Die französische Europapolitik, in: Europäische Rundschau 4 (1994), S. 45–52, Zitat S. 47.
 - 29 Vgl. Hellmann, Gunther: Eine Flucht nach vorn ohne Ende? Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung der europäischen Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30 (1995), S. 19–27.

Weiterführende Literatur

- Deubner, Christian: Deutsche Europapolitik: Von Maastricht nach Kerneuropa?, Baden-Baden 1995.
- Kaiser, Karl/Maull, Hanns W. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 1: Grundlagen, München 1994.
- Schwarz, Hans Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.